



Presseschau vom 13.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Scott Ritter: Biden hat nur noch drei Optionen in der Ukraine-Krise, und keine davon ist für ihn angenehm

Da die Aufrechterhaltung des Status quo keine tragfähige Lösung für die Krise zwischen den Vereinigten Staaten und Russland in der Frage der Ukraine bietet, welche anderen Optionen hat Präsident Joe Biden noch? ...

<https://kurz.rt.com/2tew>

de.rt.com: Andrej Hunko "investigativ" in Moskau: Niemand geht von einer Invasion Russlands in der Ukraine aus

Der linke Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko hat schon oft Schlagzeilen in den Medien erzeugt, wenn er in Krisengebiete reiste, um mit allen Konfliktparteien zu reden. Jetzt war er in Moskau unterwegs und führte dort Gespräche, aus denen er überraschende Schlussfolgerungen zog. ...

<https://kurz.rt.com/2tfh>

Liam Tyler: Im angeblichen Dopingfall um Kamila Walijewa passt einiges einfach nicht zusammen

Auf dem Weg zu den Olympischen Winterspielen in Peking, hätte man es Kamila Walijewa verziehen, sollte sie angenommen haben, dass ihre größten Gegner ihre Rivalen auf dem Eis

sein würden. Die Nachricht, dass Walijewa positiv auf eine verbotene Substanz getestet wurde, wirft mehr Fragen auf, als sie Antworten liefert. ...

<https://kurz.rt.com/2tf8>

Susan Bonath: Impfverweigerung gleich Verzicht auf Behandlung: Die Bestrafungsfantasien eines Krisenprofiteurs

Die Ablehnung einer Corona-Impfung solle gleichgesetzt werden mit einer Verzichtserklärung auf medizinische Behandlung bei einer Corona-Erkrankung. Das fordert der Chef einer Firma, die unter anderem Beatmungsgeräte produziert. Das ist nicht der erste Fall, bei dem die rote Linie verrutscht. ...

<https://kurz.rt.com/2tcm>

de.rt.com: Öl ins Feuer – Britische Zivilgesellschaft für diplomatische Antworten auf Ukraine-Krise

Die britische "Stop the War Coalition" wendet sich nach eigenen Aussagen gegen die "katastrophale Kriegssucht des britischen Establishments". Sie gab einem angesehenen Politiker, einem Professor und Aktivisten das Wort, die erklärten, wie Diplomatie zu einem Ausweg aus der Ukraine-Krise führen könnte. ...

<https://kurz.rt.com/2tec>

abends/nachts:

de.rt.com: Biden telefoniert mit Putin – USA drohen Russland mit "ernsten Konsequenzen"

In einem auf Ersuchen der US-Seite geführten Telefonat hat US-Präsident Joe Biden seinen russischen Kollegen Wladimir Putin erneut vor einem "russischen Einmarsch" in die Ukraine gewarnt. Auch russische Forderungen nach einem Ende der NATO-Osterweiterung waren Thema.

Das heutige Telefonat zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und US-Präsident Joe Biden, das auf Bitten des Weißen Hauses zustande gekommen war, dauerte etwas über eine Stunde.

Es fand vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen um die Ukraine statt, verstärkt durch die Tatsache, dass die USA nicht nur ihre Staatsbürger zum Verlassen der Ukraine aufgefordert, sondern sogar einen Termin genannt hatten, an dem die "russische Invasion" stattfinden solle. Auch 160 Militärberater wurden inzwischen aus der Ukraine abgezogen. Wie die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti mitteilte, waren die Beilegung des innerukrainischen Konflikts und die Bereitstellung rechtlicher Garantien für die Sicherheit Russlands die Hauptthemen des Gesprächs gewesen.

Das Weiße Haus veröffentlichte mittlerweile seine Zusammenfassung des Gesprächs: "Präsident Biden machte deutlich, dass die Vereinigten Staaten, sollte Russland eine weitere Invasion in die Ukraine durchführen, zusammen mit ihren Alliierten und Partnern entschlossen antworten und Russland schnelle und ernsthafte Kosten aufbürden würden. Präsident Biden wiederholte, dass ein weiterer Einmarsch in die Ukraine umfassendes menschliches Leid auslösen und Russlands Ansehen verringern würde. Präsident Biden machte Präsident Putin gegenüber deutlich, dass die Vereinigten Staaten zwar weiterhin in voller Abstimmung mit ihren Verbündeten und Partnern zu diplomatischen Bemühungen bereit, aber gleichermaßen auf andere Szenarien vorbereitet sind."

Dies war das erste direkte Gespräch seit Ende Dezember. Der aktuelle Anruf war von der US-Seite aus dringendem Anlass initiiert worden.

Der diplomatische Berater des russischen Präsidenten Juri Uschakow sagte, dass die Sanktionen nicht das Hauptthema des Gesprächs gewesen seien. "Unser Präsident erläuterte

ausführlich die Sicherheitsbedenken der russischen Seite und erklärte, warum jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Entscheidung ist", teilte Uschakow im Hinblick auf die russischen Forderungen verbindlicher Sicherheitsgarantien mit.

Der russische Präsident wies ihm zufolge seinen US-Kollegen darauf hin, dass die Beziehungen der USA und Russlands nach dem Ende des Kalten Krieges degradiert seien. Grund sei die NATO-Osterweiterung. Uschakow betonte:

"Das Gespräch fand vor dem Hintergrund der Hysterie über eine Invasion in der Ukraine statt. Die Hysterie hat einen Höhepunkt erreicht. Es ist unklar, warum das geschieht."

Der russische Präsident hat im Gespräch auch den faktischen Austritt der Ukraine aus dem Minsker Prozess scharf kritisiert und den Westen dafür mitverantwortlich gemacht. Der Westen übe nicht genug Druck auf die Ukraine aus, um die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, so Putin.

Die USA behaupten seit Ende Oktober, Russland bereite einen Angriff auf die Ukraine vor, was Moskau wiederholt als "Falschinformation" bezeichnete. Am Donnerstag hatte Biden in der Ukraine lebende US-Bürger dazu aufgerufen, das Land wegen einer angeblich drohenden "russischen Invasion" sofort zu verlassen, da das Militär ihnen im Falle eines Krieges nicht zu Hilfe kommen werde.

Am Samstag wies Russlands Botschaft in den USA die US-Warnungen vor einem Überfall auf die Ukraine erneut als haltlos zurück. In den USA werde "Alarmismus" verbreitet, ohne dass Beweise für die Behauptungen vorgelegt würden. Die Aussagen in Washington zeugten lediglich davon, dass die USA ihre "Propaganda-Kampagne gegen unser Land" verstärkt hätten, so der russische Botschafter in Washington Anatoli Antonow.

Seit Mitte Dezember fordert Moskau von Washington und dem westlichen Militärbündnis schriftliche Garantien, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten ausdehnen wird. Vor diesem Hintergrund fand im Januar eine Reihe diplomatischer Treffen zwischen Russland und US- sowie NATO-Vertretern statt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6207fcc4b480cc2af2615f1c.jpg>

snanews.de: **Volksrepublik Donezk: Keine Bestätigung für Berichte über mächtige Explosion**

Rettungsdienste und Sicherheitsbehörden in der selbsterklärten Volksrepublik Donezk (DVR) haben die zuvor in Medien und sozialen Netzwerken aufgetauchten Informationen über eine mächtige Explosion auf eigenem Territorium nicht bestätigt.

Ein entfernter Knall, ähnlich einer Explosion, sei in Donezk am Samstag zu hören gewesen, hieß es in den Berichten.

Auf den offiziellen Informationsquellen der DVR wurden jedoch keine diesbezüglichen Mitteilungen veröffentlicht. Auch der Sprecher der Donezker Volksmiliz, Eduard Basurin, gab an, nichts gehört zu haben.

Der Chef der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, sagte gegenüber Medien, dass die Situation in Donezk unter Kontrolle sei. Die Explosion habe sich auf dem Gebiet ereignet, welches von den ukrainischen Sicherheitskräften kontrolliert werde, hieß es.

Derzeit sei die Lage in der Stadt ruhig, keine Sirene sei zu hören und es gebe keine Rauchschwaden, berichtete ein Korrespondent vor Ort.

Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine (WSU), Generalleutnant Waleri Saluschny, teilte mit, dass das ukrainische Militär den Waffenstillstand einhalte und nicht in Richtung Donezk geschossen habe.

Die Ukraine hat derzeit die Hälfte ihres Armeepersonals im Donbass konzentriert und beschießt die Volksmiliz, darunter auch mit verbotenen Waffen, welche von westlichen Ländern geliefert wurden.

Die USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Polen, die Türkei, Litauen, die Tschechische Republik, Bulgarien, Rumänien und Estland beteiligen sich an den Waffenlieferungen an die Ukraine im Wert von Milliarden Dollar. Außerdem treffen weiterhin ausländische Militärausbilder im Land ein.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/07/5270416_0:0:3115:1753_1920x0_80_0_0_73d2298063f418dfbbf8ada42f73d4ae.jpg

de.rt.com: **Langes Telefonat zwischen Macron und Putin – Spekulationen über "Invasion" Russlands besprochen**

Eine Stunde und 40 Minuten haben der französische Präsident Emmanuel Macron und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin am Samstag miteinander telefoniert. Thema des Gesprächs waren die Lage in der Ukraine und der Dialog über Sicherheit und Stabilität in Europa, wie das französische Präsidialamt am Nachmittag mitteilte.

...

Der Austausch diente der Nachbereitung der Gespräche zwischen den beiden Staatschefs in Moskau am Montag, dem 7. Februar, heißt es in der offiziellen Mitteilung des französischen Präsidialamtes. Die Präsidenten besprachen Wege der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und setzten ihre Diskussion über die Bedingungen für Sicherheit und Stabilität in Europa fort. Beide brachten ihre Bereitschaft zum Ausdruck, den Dialog über die beiden Punkte fortzusetzen, berichtet der Élysée-Palast.

Das Gespräch zwischen der französischen und der russischen Führung am Samstag war das vierte Telefongespräch zwischen den beiden Spitzenpolitikern in den letzten Wochen. Am Montag hielt Macron sich zum Arbeitsbesuch in Moskau auf, wo er in einem fünfstündigen Gespräch mit Putin Möglichkeiten zur Deeskalation der Krise erörterte. Anschließend besuchte der französische Staatschef Kiew und Berlin, um seine diplomatische Mission fortzusetzen. Viele westliche Länder haben ihre Bürger aufgefordert, das ukrainische

Staatsgebiet zu verlassen. Frankreich ist diesem Beispiel bislang nicht gefolgt. In der Verlautbarung des russischen Präsidialamtes über Inhalte und Ergebnisse des Telefonats der beiden Staatschefs wird ein ausführlicher Meinungsaustausch über Fragen im Zusammenhang mit der Gewährleistung langfristiger rechtlicher Sicherheitsgarantien für die Russische Föderation besonders herausgestellt. Zudem habe der Meinungsaustausch Möglichkeiten zur Lösung des innerukrainischen Konflikts beinhaltet, wobei auch die Gespräche Emmanuel Macrons mit den Staats- und Regierungschefs der Ukraine, der USA und einer Reihe europäischer Staaten berücksichtigt wurden.

Wladimir Putin habe, heißt es in der russischen Darstellung weiter, erneut darauf hingewiesen, dass die USA und die NATO nicht auf die bekannten russischen Initiativen reagieren. Die mangelnde Bereitschaft der führenden westlichen Länder, die Kiewer Behörden zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu drängen, sei auch durch die ergebnislose Konsultationsrunde der politischen Berater der Staats- und Regierungschefs des Normandie-Formats am 10. Februar in Berlin zum wiederholten Male zutage getreten. Die russische Sicht der Gesprächsinhalte hinsichtlich der Lage rund um die Ukraine wird in einer Verlautbarung des Präsidialamtes wie folgt dargestellt:

"Wladimir Putin und Emmanuel Macron erörterten auch die Situation in Bezug auf provokative Spekulationen über eine angeblich geplante 'Invasion' Russlands in die Ukraine, die mit einem massiven Einpumpen moderner Waffen in das Land einhergeht und die Voraussetzungen für mögliche aggressive Aktionen der ukrainischen Sicherheitskräfte im Donbass schafft."

Die Darstellungen beider Seiten stimmen insofern überein, als sie betonen, dass eine Fortsetzung des russisch-französischen Dialogs auf höchster Ebene vereinbart wurde. Dabei werden die heute besprochenen Themen weiterhin im Mittelpunkt stehen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6207d5ce48fbef0faa11c86c.jpg>

rusvesna.su: **Ein Abgeordneter der Werchowna Rada vermutet, dass Russland und die NATO sich heimlich auf die Teilung der Ukraine geeinigt haben**

Aleksandr Dubinskij, Mitglied der Werchowna Rada der Ukraine, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Steuern und Zollpolitik der Werchowna Rada, teilte seine Gedanken zum Thema „russische Aggression“ in seinem offiziellen Telegram-Kanal mit.

„Wissen Sie, was mich persönlich an dieser ganzen Geschichte mit ‚Putin wird angreifen‘ beunruhigt? Die Tatsache, dass unsere ‚Partner‘ Botschaften und Konsulate nicht nach Polen, Ungarn oder in die Slowakei mit Rumänien verlegen, sondern nach Lwow.

Woher wissen sie, dass die russische Armee im Falle einer Aggression nicht versuchen wird, Lwow zu erobern? Eine Übereinkunft?“, schrieb er.

Wir erinnern daran, dass in der Fachwelt mitunter die Meinung geäußert wurde, dass die

Konfrontation zwischen Russland und den Vereinigten Staaten über die Ukraine nach der Wahl von Biden rein vertraglicher Natur und ausschließlich für die externe Öffentlichkeit bestimmt wäre.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/armiya_rossii_11.jpg

snanews.de: **Orban: Sanktionen gegen Moskau strategischer Fehler der EU**

Nach Ansicht des ungarischen Premierministers Viktor Orban begeht die Europäische Union durch den „Ausschluss“ der Zusammenarbeit mit Russland einen strategischen Fehler. „Wir halten die Strategie von Brüssel für fehlerhaft und die Sanktionen gegen Russland für eine Sackgasse. Durch den Ausschluss der Zusammenarbeit mit Russland geben die europäischen Länder wirtschaftliche Chancen komplett an China ab. Das ist ein strategischer Fehler. Wir können die Richtung der EU-Außenpolitik nicht ändern, weshalb wir das ungarische Modell entwickelt und genutzt haben. Wir sind EU- und Nato-Mitglied, kooperieren aber gleichzeitig mit Russland. Das Beispiel Ungarns beweist, dass dies möglich ist“, sagte Orban am Samstag in seiner Jahresrede.

Die EU hatte zuvor bekanntgegeben, dass sie im Falle einer Verschärfung der Situation um die Ukraine zusätzliche Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängen könnte. Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó sagte in diesem Zusammenhang, Ungarn habe kein Veto gegen die Verhängung von Sanktionen gegen Moskau eingelegt, um die Einheit in Europa nicht zu stören, aber sie hätten sich als Fehlschlag herausgestellt.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben sich in den vergangenen Monaten noch mehr angespannt. Washington und Brüssel werfen Moskau vor, „eine Invasion in die Ukraine“ vorzubereiten und russische Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammenzuziehen. Russland weist alle Anschuldigungen des Westens zurück und verweist darauf, dass Kiew die Minsker Abkommen verletze. Es wurde zudem betont, dass der Hauptgrund für die Eskalation die Handlungen der USA und der Nato seien, die die Ukraine mit Waffen „vollpumpen“ und damit zu militärischen Abenteuern anstiften.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/09/4627798_0:0:3040:1711_1920x0_80_0_0_35a9456fe037b43b8e6c0b749dca8df6.jpg

rusvesna.su: **Die Ukraine schließt die Grenze für russische Bürger**

Die Ukraine hat aufgehört, russische Staatsbürger in ihr Hoheitsgebiet zu lassen. Das berichtet die Publikation „Strana“ unter Berufung auf Augenzeugen in sozialen Netzwerken.

Eine Ausnahme wird nur für diejenigen gemacht, die eine Sterbeurkunde von nahen Verwandten haben.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_granica_ukrainy.jpg

de.rt.com: **Amerikanisches U-Boot in russischen Hoheitsgewässern – US-Militärattaché einbestellt**

Auch die russische Pazifikflotte hält derzeit ein Manöver ab. Im Umfeld dieses Manövers wurde ein US-amerikanisches U-Boot entdeckt, das sich selbst auf Warnungen hin nicht zurückzog. Der US-amerikanische Militärattaché wurde deshalb in Moskau einbestellt. Am Samstagmorgen wurde in der Nähe der russischen Kurilen-Insel Iturup, einem Gebiet, in dem die russische Pazifikflotte derzeit Manöver abhält, ein US-U-Boot der Virginia-Klasse entdeckt. Das U-Boot reagierte nicht auf Warnungen, die russischen Hoheitsgewässer zu verlassen.

"Nach den Richtlinien zum Schutz der Staatsgrenzen der Russischen Föderation in der Unterwasserumgebung hat die Mannschaft der Fregatte Marschal Schaposchnikow der Pazifikflotte angemessene Mittel angewandt", erklärte das russische

Verteidigungsministerium.

"Das US-U-Boot startete daraufhin einen selbstfahrenden Simulator, um das Zielbild auf Radar und Sonar zu teilen und zog sich mit Höchstgeschwindigkeit aus den russischen Hoheitsgewässern zurück."

Das ist für ein U-Boot in fremden Gewässern ein ungewöhnliches Verhalten. Meist ziehen sie sich zurück, sobald sie entdeckt werden, da der Hauptschutz eines U-Boots gerade darin besteht, nicht entdeckt zu werden. In diesem Fall, das macht die Beschreibung des Hergangs deutlich, wurde gewartet, bis die Zielerfassung bereits aktiviert war. Es handelte sich also um eine gezielte Provokation.

Bei der Virginia-Klasse handelt es sich um atomgetriebene Jagd-U-Boote, die erst nach dem Ende des Kalten Krieges gebaut wurden. Nach Angaben der russischen Zeitung Iswestija versuchte das US-U-Boot, eine Übung der russischen Pazifikflotte zu verfolgen, wurde aber dank der schnellen Reaktion der Grenzschutzbeamten entdeckt, ehe es seinen Einsatz begann. Wegen des Vorfalls wurde der Militärattaché der US-Botschaft in Moskau ins russische Verteidigungsministerium einbestellt. In einer ihm überreichten Note teilte die Behörde mit, dass die Verletzung der Staatsgrenzen durch das U-Boot eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands darstelle. Das US-Verteidigungsministerium hat bestätigt, dass die US-Behörden über den Vorfall mit einem US-Atom-U-Boot vor den Kurilen informiert seien, könnten aber noch keine Einzelheiten des Vorfalls bestätigen. Dies sagte ein Pentagon-Sprecher am Samstag.

In einem Kommentar für Izwestija wies der Militärexperte Dmitri Boltenkow daraufhin, dass der enge US-Verbündete Japan einen Teil der Kurilen-Inseln beansprucht. Aus militärischer Sicht seien sie für Russland sehr wichtig. Ihm zufolge müssen russische U-Boote mit strategischen Raketen im Falle eines drohenden Krieges ins offene Gewässer im Ochotskischen Meer fahren und sich dort verstecken, bis sie den nötigen Befehl erhalten. Der Experte wies auch darauf hin, dass es sich bei der Virginia um ein U-Boot der vierten Generation handelt, das geräuscharm und sehr schwer zu entdecken ist.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6208216f48fbef4c0e4f56c4.jpg>

rusvesna.su: Der Chef der DVR kommentierte die Weigerung der Ukraine, ausländische Delegationen zu einer Pressekonferenz in Donezk zu lassen

Während eines Gesprächs mit ausländischen und inländischen Journalisten am 11. Februar sagte der Staatschef der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, dass die Ukraine versuche, den Informationsraum am Vorabend möglicher Feindseligkeiten zu monopolisieren.

Auf die Frage von Vertretern der republikanischen Medien, die die Pressekonferenz initiiert hatten, warum die Ukraine keine westlichen Medien geschickt hat, antwortete Denis Puschilin: „Die aktuelle Situation ist zum Auslöser geworden. Und es gibt zwei Richtungen. Müssen wir uns an die Weltgemeinschaft wenden? Natürlich brauchen wir das. Und wir haben

etwas zu sagen. Müssen uns die westlichen Medien jetzt hören? Es gibt ein Zeitfenster.“ Er fügte hinzu, dass er viel über die mögliche bevorstehende Verschärfung der Situation an der Kontaktlinie spreche.

„Wir erinnern uns, als uns so viel Aufmerksamkeit zuteil wurde – 2014, Anfang 2015. Und nun? Warum hat die Ukraine uns eine Reihe von Medien nicht überlassen? Es ist alles klar. Warum brauchen sie ihre eigene Wahrheit? Es ist vorteilhaft für sie, uns zu entmenslichen. Wenn man nirgendwo über uns spricht, bedeutet das, dass wir nicht existieren. Unsere Rechte existieren nicht. Wenn nirgends geschrieben steht, dass wir getötet werden, dann passiert das nicht, und die Ukraine ist nicht so schlimm. Dies ist ein Versuch, das Informationsfeld zu monopolisieren, insbesondere am Vorabend möglicher Feindseligkeiten“, betonte Denis Pushilin.

Novorosinform.org: Die Streitkräfte der Ukraine haben im Donbass eine 150.000 Mann starke Gruppierung zusammengestellt. Puschilin nannte die Situation „die Ruhe vor dem Sturm“

Im russischen Fernsehen betonte der Chef der DVR, dass die Volksmiliz der DVR die Lage an der Front unter Kontrolle halte.

„Die Ukraine hat eine 150.000 Mann starke Truppengruppierung nahe der Frontlinie im Donbass versammelt, die Offensive kann jeden Moment beginnen.“ Dies teilte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin im Rahmen des Programms Solowjow Live mit.

Ihm zufolge könnte die heutige Explosion in der Nähe von Donezk auf dem von den Streitkräften der Ukraine kontrollierten Gebiet ein Teil der Dreharbeiten zu einer Provokation sein, mit der Kiew den Beginn einer Offensive rechtfertigen könnte.

Außerdem nannte der Chef der DVR die Lage an der Front "die Ruhe vor dem Sturm".

„Bei so viel Personal sollte es an der Kontaktlinie viel lauter sein. Sie warten auf etwas“, betonte Puschilin.



https://novorosinform.org/content/images/88/61/38861_720x405.jpg

vormittags:

ukrinform.ua: Die Ukraine möchte von Deutschland finanzielle Unterstützung für den EU-Beitritt erhalten - Botschafter Melnik

Obwohl Bundeskanzler Olaf Scholz Waffenlieferungen an die Ukraine ausschließt, könnte ein milliardenschweres Hilfspaket zur Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft ein guter Anfang für Berlins Unterstützung für Kiew sein.

Der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andrij Melnik, sagte dies dem deutschen Sender N-TV, berichtet Ukrinform.

„Die Ukraine will, dass Scholz in Kiew ein milliardenschweres Hilfspaket auflegt, um die

Stabilität der ukrainischen Wirtschaft zu unterstützen. Die Bundesregierung muss die politischen Garantien für deutsche Investitionen in der Ukraine übernehmen. Außerdem muss Berlin ein Programm zur Zinssenkung auflegen damit die ukrainischen Gesellschaften die Wirtschaft ankurbeln können.", heißt es in der Mitteilung.

Melnik bekräftigte auch die Forderung der Ukraine nach deutschen Waffenlieferungen und forderte Unterstützung für den Beitritt der Ukraine zur EU.

„Die Ukraine will ein gleichberechtigter Partner sein, kein Bittsteller. Die Ukraine will offen mit Deutschland sprechen, sich in gegenseitig die Augen sehen, damit die Deutschen nicht aus eigener Angst ständig so viel Ehrfurcht vor Russland zeigen. Es ist an der Zeit, dass deutsche Politiker ihre Russlandbrille abnehmen, wenn es um die Ukraine geht“, sagte Melnik.

Melnik hofft, dass der bevorstehende Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in Kiew den bilateralen Beziehungen und Investitionsgarantien einen neuen Schub geben wird.

Wie Ukrinform berichtete, wird Bundeskanzler Olaf Scholz am 14. Februar der Ukraine einen Arbeitsbesuch abstatten.

Insbesondere sind ein Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij sowie ein Treffen von Selenskij und Scholz mit Medienvertretern geplant.



https://static.ukrinform.com/photos/2022_01/thumb_files/630_360_1642419350-304.jpg

rusvesna.su: **Die USA ziehen ihre Militärs aus der Ukraine ab**

Das US-Verteidigungsministerium hat beschlossen, Militärausbilder aus der Ukraine abzuziehen. Insbesondere 160 Soldaten der Nationalgarde aus dem US-Bundesstaat Florida. Dies wurde am 12. Februar von Pentagon-Sprecher John Kirby auf der offiziellen Seite des sozialen Netzwerks bekannt gegeben.

Sie würden vorsorglich aus der Ukraine an einen anderen Ort in Europa verlegt. Sie sind seit November in der Ukraine, um die Truppe zu beraten.

Kirby sagte, die Entscheidung sei aus erhöhter Vorsicht getroffen worden und basiere auf der Entscheidung des Außenministeriums, einige Mitarbeiter der US-Botschaft in Kiew abzuziehen.

„Diese Positionsänderung bedeutet keine Änderung unserer Entschlossenheit, die ukrainischen Streitkräfte zu unterstützen“, teilte der Pentagon-Sprecher in einer schriftlichen Erklärung mit.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/armiya_ssha_20.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: „Liebe lässt sich nicht erzwingen“: Russland setzt auf Gegenseitigkeitsprinzip im Umgang mit Westen

Laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, ist Russland an der Zusammenarbeit mit allen Staaten, darunter auch mit den USA und europäischen Ländern, interessiert. Allerdings wird das Land nach Wegen der Zusammenarbeit nur dort suchen, wo beiderseitiges Interesse besteht.

Wie der Kremlsprecher gegenüber russischen Medien einräumte, ist Russland ein Land, das die Kooperation mit allen sucht.

„Wir sind an der Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern interessiert. Wir sind an der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten interessiert – sowohl im Handel als auch in der Wirtschaft, bei Investitionen und in Sicherheitsfragen“, sagte Peskow.

„Aber Liebe lässt sich nicht erzwingen“, fuhr er fort. Von daher werde Russland nach Möglichkeiten suchen, die Zusammenarbeit dort auszuweiten, wo es Gegenseitigkeit sehe. Dem russischen Kremlsprecher zufolge ist dies eine absolut gängige Praxis, wenn der Mangel an Kommunikation auf einer „Flanke“ durch Kommunikation auf einer anderen kompensiert werde.

„Und das passiert in allen Staaten, einschließlich Russland“, fügte Peskow hinzu.

Ausstehender Durchbruch bei Ukraine-Treffen in Berlin

Am Donnerstag haben sich in Berlin Vertreter Russlands, Deutschlands, Frankreichs und der Ukraine getroffen, um die Donbass-Frage zu verhandeln. Nach stundenlangen Verhandlungen wurde jedoch kein Durchbruch erzielt.

Laut dem russischen Unterhändler Dmitri Kosak sei dies auf die Weigerung der Ukraine zurückzuführen, bestimmte Punkte der Minsker Vereinbarungen zu erfüllen.

Die diplomatischen Bemühungen von Paris und Berlin hätten die Position Kiews nicht beeinflusst – sie zeigten aber Verständnis für die Position Russlands, so Kosak. „Aber das stößt vorerst auf totalen Widerstand der Ukraine.“

Zugleich beklagte der russische Vertreter, dass er seitens Berlins und Paris‘ keine Bereitschaft gesehen habe, Druck auf Kiew auszuüben.

Meinungsverschiedenheiten im Normandie-Format seien für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen verheerend.

„Ohne eine einheitliche Position im Normandie-Format wird es im Minsker Verhandlungsprozess keine Einigung geben. So gibt es seit acht Jahren keine.“

Ukraine-Frage

In den letzten Monaten haben sich die westlichen Staaten besorgt über die angeblich zunehmenden „aggressiven Aktivitäten“ seitens Russlands in der Ukraine gezeigt und drohen Moskau mit schwerwiegenden Sanktionen.

Moskau hingegen weist alle Vorwürfe zurück und betont, dass Russland seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums verlege. Der Kreml und das Außenministerium haben wiederholt darauf hingewiesen, dass das Ziel der Berichte über eine mögliche „russische Aggression“ darin bestehe, eine Gruppierung der Nato nahe der russischen Grenze aufzubauen.

Der Hauptgrund für die Eskalation in der Region sind aus Moskaus Sicht die Aktionen der USA und der Nato, welche Militärausbilder, Waffen und Ausrüstung in die Ukraine schicken, die Zahl der Militärübungen erhöhen und damit Kiew zu militärischen Abenteuern treiben würden. All diese Aktivitäten betrachtet Russland als rote Linien.

Die russische Seite erinnert auch daran, dass sie sich nicht am innerukrainischen Konflikt beteilige und keine Vereinbarungen verletze – im Gegensatz zu Kiew, das die Minsker Vereinbarungen nicht einhalte. Das Dokument sieht einen Waffenstillstand, den Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie und eine Verfassungsreform in der Ukraine vor.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/01/47701_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_84f7be17864c1f2b62f745f5b78a1844.jpg

novorosinform.org: Krieg oder „Minsk“: Selenskij erzählte Macron von seiner Wahl – Quelle

Der Präsident der Ukraine machte seinem französischen Amtskollegen klar, dass er sich kategorisch weigere, die Vereinbarungen von Minsk einzuhalten.

Darüber schreibt der Insider-Telegram-Kanal „Legitimny“ unter Berufung auf eine informierte Quelle.

Die Autoren stellen fest, dass der Einsatz im ukrainischen Fall so weit wie möglich erhöht wurde, buchstäblich jeder bezeuge dies. Die Lage sei so explosiv, dass es reiche, ein Streichholz anzuzünden.

Bei alledem sagte Wladimir Selenskij im Gespräch mit Emmanuel Macron, die Ukraine sei kriegsbereit, und sie werde die Minsker Vereinbarungen in der Form, wie sie von Ex-Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet wurden, nicht einhalten.

Unterdessen bedankte Macron während eines Besuchs in Kiew auf einer gemeinsamen Pressekonferenz sich öffentlich bei Selenskij für dessen Bereitschaft, Minsk-2 zu erfüllen. Laut dem ehemaligen ukrainischen Außenminister Pawel Klimkin versuchte der französische Staatschef, seinen ukrainischen Kollegen zur Einhaltung der besagten Vereinbarungen zu

zwingen.



https://novorosinform.org/content/images/88/69/38869_720x405.jpg

de.rt.com: **US-Außenministerium empfiehlt amerikanischen OSZE-Mitarbeitern Evakuierung aus Ukraine**

Nachdem die USA angekündigt haben, das Personal in ihrer Botschaft in Kiew zu minimieren, wird nun auch den amerikanischen OSZE-Mitarbeitern dringlich geraten, die Ukraine zu verlassen. Die Sicherheit der US-Bürger sei oberste Priorität, heißt es im State Department.

Die USA haben auch die amerikanischen Mitarbeiter der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine aufgerufen, das Land angesichts eines angeblichen russischen Einmarsches zu verlassen. Ein Sprecher des US-Außenministeriums teilte am Samstag (Ortszeit) mit, der Reisehinweis für US-Bürger von vergangener Woche gelte auch für die US-amerikanischen Mitarbeiter der Sonderbeobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Dabei wurde betont:

"Während wir die wichtige Arbeit der Sonder-Beobachtermission nachdrücklich unterstützen, hat die Sicherheit der US-Bürger für uns oberste Priorität."

Das State Department teilte weiter mit, die OSZE-Beobachter seien über das ganze Land verstreut, auch in den von der Regierung in Kiew nicht kontrollierten Gebieten im Osten des Landes. Sie seien in hohem Maße gefährdet. Die US-Regierung werde außer Stande sein, amerikanische Staatsbürger im Falle einer russischen Militäraktion zu evakuieren. Demnach könnten Militäraktionen "jederzeit und ohne Vorwarnung" beginnen.

Hunderte internationale OSZE-Beobachter sind seit März 2014 in der Ukraine stationiert. Sie sollen vor allem in der Ostukraine die vereinbarte Waffenruhe beobachten. Es ist die größte Sicherheitsmission in der Geschichte der OSZE. Zuletzt befanden sich rund 680 Beobachter aus 43 OSZE-Mitgliedsländern in der Ukraine. Laut Angaben von Ende Januar hielten sich 515 davon im Osten des Landes auf. Auch 32 Deutsche gehörten den Informationen zufolge zu den Beobachtern. Die OSZE beantwortete zunächst nicht die Frage, ob die Mission in dem Krisengebiet im Donbass fortgesetzt werde.

Am Freitag hatten die USA davor gewarnt, dass möglicherweise schon in der nächsten Woche ein russischer Einmarsch im Nachbarland Ukraine erfolgen könnte. Washington kündigte auch die Verlegung weiterer 3.000 Soldaten nach Europa an. Russland wies die US-Anschuldigungen scharf zurück. Der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, erklärte, die US-Regierung wolle mit solchen Verlautbarungen die Propagandakampagne gegen Russland in den Medien steigern. Selbst die Ukraine zeigte sich angesichts der alarmierenden Äußerungen aus Washington irritiert. Präsident Wladimir Selenskij erklärte, es gebe im öffentlichen Raum zu viele Berichte über einen großen Krieg Russlands gegen die Ukraine. Der beste Freund für die Feinde sei Panik.

Der Westen warnt seit Wochen vor einer angeblichen Offensive Russlands gegen die Ukraine. Der Kreml bestreitet regelmäßig, überhaupt solche Pläne zu haben. Seinerseits fordert Moskau von Washington und der NATO schriftliche Garantien, dass sich das westliche Militärbündnis nicht weiter nach Osten ausdehnen wird.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/62089cb048fbef4c0e4f56d1.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 12. Februar 3:00 Uhr bis 13. Februar 3:00

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen: Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.). Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung der Ortschaft **Kominternowo**. **Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 4.** In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

rusvesna.su: Die OSZE-Mission verlässt die DVR, Evakuierungsflugzeuge treffen in Kiew ein

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete heute, dass Mitarbeiter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) begonnen haben, Donezk mit dem Auto zu verlassen. Zuvor wurden bereits Amerikaner aus der DVR evakuiert.

Es wird präzisiert, dass dies auf den Aufruf der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Länder an ihre Bürger zurückzuführen sein könnte, die Ukraine unverzüglich zu verlassen, angeblich wegen der Drohung einer „Invasion“ aus Russland.

Details zur Evakuierung der OSZE-Beobachtermission werden derzeit nicht gemeldet, auch hat die OSZE diese Information noch nicht kommentiert.

Der Donbass-Telegram-Kanal „Inside Donetsk“ berichtet unter Berufung auf Quellen, dass 6 Missionsfahrzeuge inzwischen den Kontrollpunkt in der DVR in Richtung Ukraine passiert haben.

„Jetzt überqueren sechs Autos die Demarkationslinie durch den Kontrollpunkt Alexandrowka (ein Vorort von Donezk) in Richtung Ukraine.

Laut der Quelle könnte dies auf den Beginn der Evakuierung von Beobachtern aus der DVR hindeuten, da früher in der Regel nur zwei oder drei Streifenwagen der Mission die Kontaktlinie überquert haben“, heißt es in der Erklärung.

Inzwischen wurde die Ankunft einer Boeing 767-224 (ER) ohne Erkennungszeichen am

Flughafen Kiew (Borispol) bekannt. Darüber hinaus sind heute Morgen auch zwei Gulfstream III Business Jets der CIA-Tochter Phoenix Air in der ukrainischen Hauptstadt angekommen. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Flugzeuge häufig an der Evakuierung von Schlüsselpersonal des Außenministeriums, der CIA und amerikanischer Söldner beteiligt waren.

Es wird davon ausgegangen, dass diese Flugzeuge bei der Evakuierung von US-Geheimdiensten und Dokumenten aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet sowie von Diplomaten und anderen Mitarbeitern der US-Botschaft eingesetzt werden.

Die Autoren des bekannten militärpolitischen Telegrammkanals ‚Major and General‘ kommentierten die Situation:

„Reuters verbreitet die Nachricht über die Abberufung amerikanischer und britischer OSZE-Mitarbeiter aus Donezk. Was folgt daraus?

Der Westen macht so viel Druck, wie er kann, und es ist der Westen, der Druck macht. Nicht täglich, sondern stündlich. Die ukrainischen Behörden hingegen halten sich so weit wie möglich zurück und erklären, dass Putin nicht angreift. Gleichzeitig sind wir Erwachsene und verstehen, dass all diese Videos von der Grenze und Fotos von Satelliten nicht in Photoshop gezeichnet wurden.

Die einzige Hypothese, die alle Widersprüche erklärt, ist der „große Deal“ zwischen Russland und den Vereinigten Staaten, Kiew zur Einhaltung der Minsker Vereinbarungen zu zwingen. Der Druck des Westens, der die ohnehin schwache Wirtschaft der Ukraine lähmt, ist ein Druckmittel. Das gilt auch für die russischen Manöver.

Bleibt Kiew jedoch unnachgiebig, wird Plan B (Anerkennung des Donbass und Stationierung von Truppen dort unter den halbherzigen Sanktionen des Westens) die Situation in eine grundlegend neue Richtung lenken.“



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/obse_gorlovka.jpg

Mzdnr.ru: Am 12. Februar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 110 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 12 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 59 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 1166 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 528 mit Sauerstoffunterstützung (+19 in den letzten 24 Stunden).

Am 13. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 140.930 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

19.798 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 111.535 als gesund entlassen, es gibt 9597 Todesfälle.

de.rt.com: **USA weisen Russlands Darstellung über U-Boot-Zwischenfall zurück**

Die USA haben den Vorwurf Russlands, seine Hoheitsgewässer im Pazifik verletzt zu haben, zurückgewiesen. Die US-Marine wollte sich zwar nicht zu den genauen Standorten von US-Booten äußern. Sie erklärte jedoch, dass diese sicher in internationalen Gewässern operierten. Die Vereinigten Staaten haben die Darstellung Russlands über einen Zwischenfall mit einem US-amerikanischen U-Boot im Pazifik zurückgewiesen. Wie Kyle Raines, Kapitän der US Navy, in einem am Samstag von der Agentur Reuters zitierten Statement erklärte, seien Russlands Behauptungen über Operationen der USA in seinen Hoheitsgewässern nicht wahr. Der Sprecher der US-Marine für den indopazifischen Raum wollte sich zwar nicht zu den genauen Standorten von US-Booten äußern. Er sagte aber:

"Wir fliegen, segeln und operieren sicher in internationalen Gewässern."

Am Samstag hatte das russische Verteidigungsministerium bekannt gegeben, man habe ein US-amerikanisches Atom-U-Boot in den eigenen Hoheitsgewässern im Pazifik entdeckt. Der Vorfall habe sich vor der Inselgruppe der Kurilen ereignet, als die russische Pazifik-Flotte in der Zone eine Übung durchführte. Obwohl man der U-Boot-Crew befohlen habe, sofort aufzutauchen, seien die Warnungen ignoriert worden. Man habe daraufhin "geeignete Mittel" eingesetzt, um das Boot der Virginia-Klasse zu vertreiben.

Später bestellte das Verteidigungsministerium in Moskau den US-Militärattaché ein und übergab ihm eine Protestnote. Russland bezeichnete den Zwischenfall als einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Völkerrecht und als eine Bedrohung für seine nationale Sicherheit. Der Vorfall ereignete sich inmitten der Spannungen zwischen Russland und dem Westen wegen des Ukraine-Konflikts, und kurz vor einem Telefongespräch zwischen Wladimir Putin und Joe Biden. Allerdings wurde die Angelegenheit nach Angaben des Kremls bei den Verhandlungen der beiden Präsidenten am Samstagabend nicht thematisiert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6208a9cfb480cc0ebd3675c6.jpg>

Denis-pushilin.ru: Die Vertreter der OSZE-Mission in Donezk sind bereit zu Evakuierung, erklärte am 12. Februar das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in der Sendung „Solowjow Live“.

Auf die Vermutung des Moderators der Sendung Wladimir Solowjow, dass die Vertreter der Mission abfahren werden, weil die USA ihren Mitarbeitern empfohlen hat abzufahren, merkte das Staatsoberhaupt an, dass dies ein wichtiges Signal dafür wäre, dass die Ukraine zu Provokationen bereit sei.

„Die Sachen haben sie schon gepackt. Unsere Blogger waren in ihrem Hotel, machten Aufnahme und stellten fest, dass sowohl Koffer gepackt als auch die Technik. Sie sind nicht abgefahren, aber dazu bereit. Dies wird ein recht deutliches Signal dafür sein, dass die Ukraine zu Provokationen bereit ist. Dies wird ein gewichtiges Signal dafür sein, dass die Ukraine zu Angriffshandlungen übergehen wird, weil sich die OSZE selbst in den heißen Zeiträumen 2014-2015, als tatsächlich Schritte unternommen wurden, die Situation ruhiger zu

machen und alles zu Verhandlungen zu bringen, praktisch mit vollem Personal vor Ort befand“, sagte Denis Puschilin.

Er fügte hinzu, dass die Vertreter der internationalen Mission sich nicht wie Beobachter verhalten, sondern wie Bündnispartner der Ukraine.

„Die derzeitigen Vertreter und Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine, das sind Menschen ohne Gewissen. Mit ihrer Untätigkeit und schweigender Duldsamkeit treiben sie im Grunde die Ukraine zu einer Verschärfung der Situation. Das darf so nicht sein. Das ist sicher nicht die OSZE, das ist im Grund ein indirekter Verbündeter unseres Feindes“, erklärte das Staatsoberhaupt.

Am Samstag, den 12. Februar hatten Vertreter der OSZE-Mission in Kommentaren für die Medien Pläne zur Evakuierung aus Donezk kategorisch dementiert. Heute teilte die internationale Informationsagentur Reuters mit, dass die Mitarbeiter der Mission aus den USA begonnen haben, die Region zu verlassen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_pushilin_4.jpg

nachmittags:

snanews.de: **SkyUp-Maschine landet in Moldau: Flugzeugeigentümer verbietet Einflug in ukrainischen Luftraum**

Ein Flugzeug der ukrainischen Fluggesellschaft SkyUp, das von der portugiesischen Insel Madeira nach Kiew unterwegs war, hat in der moldauischen Hauptstadt Chişinău landen müssen, nachdem der Flugzeugeigentümer der Maschine verboten hatte, den ukrainischen Luftraum zu betreten. Dies geht aus einer Mitteilung des Pressedienstes von SkyUp hervor. Es handelt sich demnach um die Maschine mit dem Luftfahrzeugkennzeichen UR-SQO, die am Samstag einen Flug von Funchal (Madeira, Portugal) nach Boryspil (Ukraine) durchgeführt hat.

Am 12. Februar 2022 habe der in Irland ansässige Leasinggeber die Fluggesellschaft über das sofortige Verbot für das erwähnte Flugzeug informiert, in den ukrainischen Luftraum einzudringen. „Trotz aller Bemühungen der Fluggesellschaft und der Bereitschaft der ukrainischen Behörden, sich an den Leasinggeber zu wenden, lehnte der Flugzeugeigentümer die Anfrage kategorisch genau zu dem Zeitpunkt ab, als das Flugzeug bereits nach Kiew flog“, heißt es in der Mitteilung, die am Sonntag veröffentlicht wurde. SkyUp habe die Landung des Flugzeugs im Flughafen von Chişinău vereinbaren können. Der

Flughafen ist etwa 50 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt. Zurzeit wird die Beförderung von etwa 175 Passagieren nach Kiew organisiert. Alle Passagiere seien mit Essen versorgt worden.

Flugverkehr in Ukraine könnte zum Erliegen kommen

Zuvor hatte die Online-Zeitung [Strana.ua unter Verweis auf nicht namentlich genannte Quellen berichtet](#), dass die größten internationalen Versicherungsgesellschaften am Montag ankündigen würden, keine Flüge mehr zu versichern, die die Ukraine überfliegen.

Demnach sollen die größten britischen Versicherer, bei denen andere internationale Unternehmen rückversichert sind, alle Flugzeugbesitzer weltweit offiziell informiert haben, dass der Versicherungsschutz für alle Flugzeuge in der Ukraine innerhalb von 48 Stunden, also ab Montagmittag, auslaufen soll. Besitzer von Privatmaschinen sollen gegenüber der Zeitung bestätigt haben, dass sie eine solche Mitteilung erhalten haben.

Zahlreiche Medienberichte über einen angeblich drohenden „russischen Einmarsch“ in die Ukraine haben laut einer der Quellen die Entscheidung beschleunigt, den Versicherungsschutz für Flüge über der Ukraine zu beenden. Laut einer anderen Quelle müssen die meisten Flugzeuge bald das Land verlassen, weil sie verleast seien.

Der Vorsitzende des ukrainischen Verbandes der Versicherer, Wjatscheslaw Tschernjachowski, gab an, dass er keine Informationen über eine solche Entscheidung der internationalen Versicherer erhalten habe. Wenn diese Entscheidung wirklich getroffen werden solle, würden keine Flugzeuge mehr über die Ukraine fliegen, sagte er gegenüber der Zeitung.

Viele westliche Länder haben dieser Tage ihre Bürger aufgefordert, die Ukraine zu verlassen, weitere kündigten die Evakuierung ihrer Botschaften an. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/0d/5340105_0:192:2956:1855_1920x0_80_0_0_cdd3b6128f59a748662485ee263da845.jpg

rusvesna.su: **Der Parkplatz am Hauptquartier der OSZE-Mission in Donezk ist fast leer**
Aus Donezk sind Fotos eines Parkplatzes in der Nähe des Hauptquartiers der OSZE-Mission aufgetaucht. Normalerweise standen die Autos auf dem Parkplatz sehr dicht.

...

Derzeit stehen noch 12 gepanzerte Fahrzeuge von Beobachtern auf dem Parkplatz.

Wie Russkaja Wesna berichtete, begannen heute Mitarbeiter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) mit dem Auto Donezk zu verlassen. Dies könnte auf den Aufruf der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Länder an ihre Bürger zurückzuführen sein, die Ukraine unverzüglich zu verlassen, angeblich wegen der Drohung einer „Invasion“ aus Russland.

Ein Konvoi von Missionsfahrzeugen verließ über einen Kontrollpunkt die DVR in Richtung Ukraine.

Am Vorabend hatte das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin im Fernsehen

erklärt, dass die Vertreter der OSZE-Sonderbeobachtermission in Donezk zur Evakuierung bereit seien. ...



https://cdn4.telesco.pe/file/JH9_qORXwW8ASuCNbTvF_1pQTYbOo8W3GOSlz_GK7S10swWCGMxcdtqvJBIAI2udp32skvxw2xjdR3kVzhw3dobYZzDPwzoeAU0HuIrPvILvILx5X5M01zC6PhnSX2kLlgS1LeCiXjglaYp86ZjFhN3zQ8JQbRXcnOf0roFyVAcO3-PI3lShT0ex_aLG3hRygXQd1bpIAXDkps7KCG6L7LeUfCLASatQhLWAqP5gpBH4nrVlli8Yz46nlc0joouaiJ9WLR5346pNAQ7b0XEO_wRueKDNHeFcWFenJr1mFs1F3M6_Y86VoPIQs4wCNTw7D8SgqeCNoOek4gqiIPyA.jpg

dnr-sckk.ru: Kommentar der Vertretung der DVR im GZKK bezüglich der Situation mit den Vertretern der OSZE-Mission auf dem Territorium der Republik

Nach Erklärungen in den Medien über die Absicht Vertreter in der Besonderen Beobachtermission der OSZE abzuverufen, erreichen uns viele Fragen mit der Bitte, diese in den sozialen Netzwerken verbreiteten Informationen über einen angeblichen Beginn einer Evakuierung von Vertretern der Mission vom Territorium der DVR zu bestätigen oder zu dementieren.

Am heutigen Tag können wir sagen, dass die Arbeit der Mission normal verläuft. Dies versichern uns auch die Vertreter des örtlichen Teams der OSZE-Mission.

Jeden Tag, einschließlich dieses Wochenende, arbeitet die Mission ihre Aufgaben im Monitoring ab: sie verfolgt die Situation mit der Sicherheit bei der Rotation der Schichten der Donezker Filterstation und der Pumpstation erster Ebene der Jushnyjdonbasskij-Wasserwerke in Wasiljewka, die startet ihre Drohnen zu demselben Zweck, sie führt andere planmäßige Patrouillen entlang der Kontaktlinie durch.

Was das Passieren der Kontrollpunkte betrifft, muss angemerkt werden, dass die Mission diese täglich in beide Richtungen im Rahmen planmäßiger Rotationen sowie außerplanmäßiger Evakuierungen aus medizinischen Gründen passiert.

Dabei setzt uns die Mission rechtzeitig über das Passieren dieses oder jenes KPP unter Angabe des Gebiets in Kenntnis, damit rechtzeitig die Funktion des KPP organisiert werden kann. Zum Beispiel wurden wir über die heutigen Überquerungen bereits am Morgen des 10. Februar informiert: Die Mission hatte das Passieren von zwei KPP (Alexandrowka – Marjinka in beide Richtungen und Gorlowka – Majorsk für die Einreise) geplant.

Heute haben bis zum jetzigen Zeitpunkt 6 Fahrzeuge mit einem Anhänger das Territorium der Republik verlassen. Das Vorhandensein eines Anhängers ist keine außerplanmäßige Situation: es ist logisch, dass bei geplanten Rotationen die abreisenden Vertreter der Mission ihre

persönlichen Sachen mitnehmen.

Ja, unter den Abreisen sind heute auch Vertreter von drei Ländern, die zuvor erklärt haben, dass sie ihre Vertreter abziehen. Die Zahl der ausreisenden und einreisenden Autos schwankt ständig, was es nicht erlaubt, über irgendwelche Tendenzen zu sprechen.

Außerdem sind heute über den gleichen KPP drei Autos eingereist, eines von ihnen mit Anhänger, was die Version geplanter Rotationen bestätigt. Die geplante Einreise über den KPP Gorlowka – Majorsk wurde aus technischen Gründen auf andere, naheliegende Zeitpunkte verschoben.

Außerdem sind uns bereits geplante Überschreitungen für die nächsten drei Tage bekannt, die in beide Richtungen erfolgen werden.

Selbst wenn die Vertreter der bekannten Länder das Donezker Büro der OSZE-Mission verlassen, wird die Arbeit der Mission nicht eingestellt: in der DVR befindet sich eine ausreichende Zahl von Beobachtern aus anderen Ländern und die abgereisten Vertreter werden möglicherweise durch Vertreter aus anderen Ländern ersetzt.

Bis heute hat sich die Gesamtzahl der Vertreter der OSZE-Mission, die auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik stationiert sind, nicht erheblich verändert: das Personal der Mission ist um einige Male größer als während der ersten Welle der Covid-19-Pandemie.

Wir bitten die Vertreter der Medien, die Militärkorrespondenten und Blogger die ohnehin schwierige, angespannte Situation nicht zuzuspitzen. Im Fall wesentlicher Änderungen in der Arbeit der Mission auf dem Territorium der Republik wird die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess die Öffentlichkeit informieren. Vertrauen Sie den offiziellen, bevollmächtigten Informationsquellen.

Zweifelloos warnt uns eine solche Entscheidung der USA, Großbritanniens und einiger ihrer Verbündeten, weil dies den Boden für folgende Spekulationen dazu bereiten könnte, dass es die Abwesenheit von Beobachtern dieser Länder auf dem Territorium des bewaffneten Konflikts es ihnen nicht erlaubt, im vollen Maße die reale Situation zu kennen.

de.rt.com: **Bundesregierung stellt Ukraine Rüstungshilfe in Aussicht**

Während die Bundesregierung die Lieferung tödlicher Waffen an die Ukraine weiterhin ablehnt, hat die Deutsche Presseagentur nun aus Regierungsquellen erfahren, dass die Lieferung "nicht tödlicher" militärischer Ausrüstung aus der "Wunschliste" der Ukraine vorbereitet werde.

Vor der Reise von Bundeskanzler Olaf Scholz nach Kiew stellt die Bundesregierung der Ukraine weitere Rüstungshilfe in Aussicht, will aber unterhalb der Schwelle tödlicher Waffen bleiben. Auf der von der Ukraine vorgelegten Wunschliste für militärische Ausrüstung sei "das eine oder andere ..., was man sich genauer anschauen kann", hieß es am Sonntag aus deutschen Regierungskreisen. Das werde nun geprüft. Es gehe dabei neben der politischen Entscheidung auch um die tatsächliche Verfügbarkeit dieses Materials, das von der Bundeswehr auch selbst gebraucht werde. Beim Antrittsbesuch des Kanzlers am Montag in Kiew sei noch keine Zusage zu erwarten.

Anders sieht es mit weiteren Wirtschaftshilfen aus, die von der Ukraine ebenfalls gefordert werden. In den Regierungskreisen wurde angedeutet, dass es an dieser Stelle am Montag konkrete Zusagen geben könnte. Einzelheiten wurden aber noch nicht genannt. Seit 2014 hat Deutschland bereits nahezu zwei Milliarden Euro für die Ukraine zur Verfügung gestellt. Der Lieferung tödlicher Waffen an die Ukraine hat die Bundesregierung eine klare Absage erteilt. Das Nein gilt aber nicht für sonstige Rüstungsgüter. In geringem Umfang hatte Deutschland auch seit dem Beginn des Konflikts in der Ostukraine im Jahr 2014 Rüstungslieferungen an die Ukraine genehmigt. Zuletzt hatte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht 5.000 Schutzhelme zugesagt.

Auf einer Wunschliste der ukrainischen Botschaft vom 3. Februar steht eine Reihe Rüstungsgüter, die nicht als tödliche Waffen eingestuft werden, aber für militärische Zwecke

– offensiv wie defensiv – verwendet werden können. Dazu gehören elektronische Ortungssysteme, Minenräumgeräte, Schutzanzüge, digitale Funkgeräte, Radarstationen oder Nachtsichtgeräte.

Waffenlieferungen an die Ukraine hatte Olaf Scholz zuletzt bei seinem Abflug zum Antrittsbesuch in die USA ausdrücklich abgelehnt.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62090173b480cc76ad5f24d4.jpg>

rusvesna.su: **Abgeordneten der Fraktion der Präsidentenpartei wurde die Ausreise aus der Ukraine verboten**

Ab dem 14. Februar ist den Abgeordneten der Partei Diener des Volkes die Ausreise aus der Ukraine untersagt. Das berichtet eine Quelle im ukrainischen Parlament.

So sagte einer der Abgeordneten, Alexander Dubinskij, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Steuern und Zollpolitik der Werchowna Rada, der zuvor aus der Fraktion Diener des Volkes ausgeschlossen worden war.

„SN-Abgeordneten ist es verboten, das Land ab Mitternacht zu verlassen“, schrieb er auf seinem Telegram-Kanal.

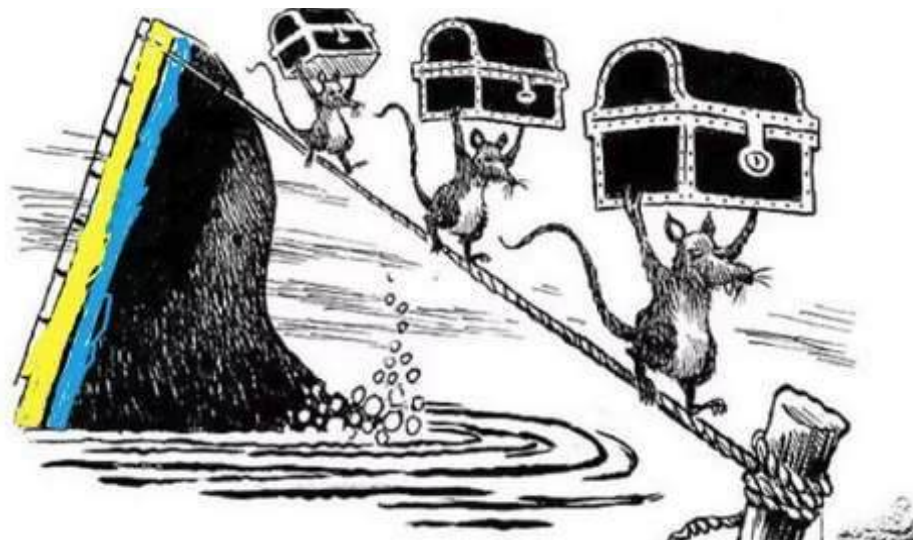
Die ukrainische Publikation Strana.ua schreibt unter Berufung auf ebenfalls parteiinterne Quellen, dass den Abgeordneten der Präsidentenfraktion tatsächlich ein Ausreiseverbot erteilt worden sei.

„Außerdem haben die Grenzschutzbeamten eine inoffizielle Liste mit den Namen der Abgeordneten, damit sie das Land nicht verlassen können, sagen sie, diese Kameraden bleiben hier“, so die Quelle.

Gleichzeitig bestritten einige Abgeordnete der Zelensky-Partei das Verbot. Zumindest steht fest, dass sie offiziell nicht existiert.

Unterdessen teilte der ehemalige Rada-Abgeordnete Igor Mosijtschuk in sozialen Netzwerken seine Meinung mit, dass in der Ukraine bald das Kriegsrecht eingeführt werde und deshalb den „Dienern des Volkes“ angeblich ein Ausreiseverbot erteilt werde.

„Offensichtlich wird in der Ukraine zwischen Montag und Dienstag das Kriegsrecht eingeführt. Damit ist das Verbot der Abgeordneten des Dieners des Volkes verbunden, das Territorium des Landes zu verlassen, was Alexander Dubinskij berichtet“, schrieb der Ex-Abgeordnete.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/krysy_begut_s_korablya_ukraina.png

snanews.de: **Scholz soll bei Besuch in Moskau Entschlossenheit des Westens betonen – Medienbericht**

Die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau sind angespannt. Bundeskanzler Olaf Scholz soll bei seinen Reisen in die Ukraine und nach Russland die Entschlossenheit des Westen im Falle eines russischen Angriffs auf die Ukraine betonen. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Verweis auf eine Quelle aus deutschen Regierungskreisen. Das bevorstehende Treffen mit dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, am Dienstag solle unter anderem dazu dienen, diesem den Ernst der Lage klar zu machen, sagte ein deutscher Regierungsvertreter am Sonntag in Berlin.

„Dabei sollte die Geschlossenheit der EU, der USA und Großbritanniens nicht unterschätzt werden“, sagte er weiter.

Scholz wolle Putin aber auch einen Dialog anbieten und mehr über die russischen Sicherheitsbedürfnissen erfahren. Konkrete Ergebnisse des Gesprächs würden nicht erwartet. Der Besuch von Scholz in Moskau sei jedoch kein „letzter Versuch“, einen Krieg abzuwenden. Allerdings seien die Sorgen auch der Bundesregierung um die Ukraine gewachsen. Die russische Truppenansammlung an der Grenze könne nur als Bedrohung empfunden werden, erklärte der Regierungsvertreter.

In der Ukraine wolle Scholz auch über Möglichkeiten reden, wie Deutschland das Land stärker wirtschaftlich stabilisieren könne. Er werde aber voraussichtlich keine Zusagen zur Lieferung von Waffen oder militärischer Ausrüstung machen. Angesichts des angeblichen russischen Truppenaufmarschs an ihren Grenzen hatte die Ukraine nach Medienberichten in Berlin jüngst unter anderem Flugabwehr-Raketensysteme, Anti-Drohnen-Gewehre, elektronische Ortungssysteme, Nachtsichtgeräte sowie Munition angefordert. Die Bundesregierung hatte daraufhin bekräftigt, dass sie grundsätzlich keine „letalen Waffen“ in Krisengebiete liefere.

In den Regierungskreisen wurde zudem die am Samstag ausgesprochene Ausreiseaufforderung an Deutsche in der Ukraine verteidigt. Man müsse abwägen zwischen der Warnung der ukrainischen Regierung, dass solche Aufforderungen das Land weiter schwächen, und der Vorsorge für deutsche Landsleute im Ausland. Man habe sich eng mit europäischen Partnern wie Frankreich abgestimmt.

In der Debatte um die Zukunft der Ukraine lehne die Bundesregierung ebenso wie Frankreichs Präsident, Emmanuel Macron, eine „Finnlandisierung“ des Landes ab – also eine Neutralität, hieß es in den Regierungskreisen. Man sei zudem dagegen, dass die Nato ein Beitritts-Moratorium verhängte. Russland fordert, dass die Nato einen Ukraine-Beitritt

ausschließt.

Wegen der angespannten Lage in der Ukraine forderten mehrere Länder, wie die USA, Großbritannien, Dänemark, Lettland, Estland und Deutschland, ihre Staatsbürger zur Ausreise aus der Ukraine auf. Seit Monaten spekulieren westliche Medien über eine angeblich bevorstehende „russische Invasion“ in die Ukraine. Die Nato und einige anderen Länder kritisieren Truppenbewegungen Russlands auf seinem Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine und drohen Moskau mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau wies die Vorwürfe wiederholt zurück und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/08/5284853_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_b677ad75989f3d78594b9368528eef8a.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 13.02.2022**

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden wurde **eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade von den Positionen im Gebiet von Lomakino aus **Kominternowo** beschossen und vier Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwei Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade auf dem Grundstück eines privaten Hauses in Wodjanoje stationiert ist.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 95. Brigade zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Leninskoje und Nowgorodskoje zu blockieren.

Außerdem haben Kämpfer der 54. Brigade zielgerichtet **eine Drohne der OSZE-Mission** von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka **während eines Beobachtungsflugs beschossen.**

Wir merken an, dass der Beschuss zielgerichtet erfolgte, weil die ukrainischen Kämpfer über Zeit und Ort des Starts der Drohne rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden waren.

Außerdem haben die ukrainischen Streitkräfte ungeachtet des Verbots des Einsatzes beliebiger Fluggeräte, das im Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung festgeschrieben ist, im Verantwortungsbereich der 53. Brigade in Bogdanowka **Drohnen zur Aufklärung eingesetzt.**

Wir erhalten weiter Informationen über **Vorfälle in den Verbänden und Truppenteilen der**

OOS.

So hat ein Fahrer eines URAL-Fahrzeugs im Gebiet von Starognatowka fünf Mann aus dem 24. Bataillons „Ajdar“ in das Krankenhaus von Mariupol befördert.

Während der Fahrt auf einer Straße im Gebiet von Wolnowacha fuhr der Fahrer des Lastwagens auf eine Betonabgrenzung auf. Infolge des Verkehrsunfalls erlitten vier Kämpfer verschiedene Verletzungen, der fünfte, der Soldat Merantschuk, wurde in bewusstlosem Zustand in die medizinische Einrichtung gebracht.

Vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Situation durch die ukrainische Regierung bemerken wird in der OOS-Zone eine **Verschlechterung des moralisch-psychischen Zustands auf ein kritisches Niveau und eine Zunahme derjenigen, die den Dienst an den Frontpositionen nicht fortsetzen wollen.**

So sind in der letzten Woche 34 Anträge auf Versetzung in den ständigen Stationierungspunkt und andere Truppenteile in der Tiefe des Landes von Kämpfer der 25. Luftlandebrigade an den Brigadekommandeur Kurasch eingegangen.

Zuvor hatten wir mehrfach auf den fehlenden Willen der ukrainischen Soldaten, Dienst in der OOS-Zone zu tun, hingewiesen. Im Zusammenhang mit einer aktiven Vorbereitung der Verbände der OOS auf den Beginn einer Aggression, werden die „Verteidiger“ der Ukraine immer weniger.

de.rt.com: **Versicherungsschutz entzogen? – Mehrere Fluggesellschaften meiden jetzt die Ukraine**

Beim zivilen Flugverkehr in die Ukraine zeichnet sich eine vollständige Abkopplung des Landes von internationalen Routen ab. Grund dafür sind die Spekulationen um einen bevorstehenden Krieg, wie er in den westlichen Medien an die Wand gemalt wird. Die Fluggesellschaft KLM hat Flüge gestrichen, ein Flug der ukrainischen SkyUp wurde nach Moldawien umgeleitet.

Die niederländische Nachrichtenagentur ANP berichtet, dass die nationale Fluggesellschaft KLM ihre Flüge in die Ukraine einstellt. Allem Anschein nach wird es bald auch andere Fluggesellschaften treffen.

In einer am Samstag veröffentlichten Erklärung teilte KLM mit, dass der für den Abend geplante Flug in die ukrainische Hauptstadt Kiew nicht durchgeführt werde. Die Fluggesellschaft berief sich dabei auf Reisehinweise der niederländischen Regierung, die auf "Code Rot" angepasst worden waren, sowie auf eine "umfassende Sicherheitsanalyse". Die niederländische Airline erklärte, dass es bei diesem Schritt darum gehe, "sichere und optimale Routen zu wählen."

Am Sonnabend musste zudem ein Passagierflugzeug der Kiewer Fluggesellschaft SkyUp Airlines seinen Flug von Portugal in die ukrainische Hauptstadt abbrechen, nachdem der in Irland ansässige Eigentümer des geleasteten Flugzeugs die Einreise in den ukrainischen Luftraum untersagt hatte. Nach Angaben eines Sprechers der Fluggesellschaft musste das Flugzeug, das ursprünglich für den Kiewer Flughafen Borispol bestimmt war, stattdessen in der moldawischen Hauptstadt Chişinău landen. Der Eigentümer des Flugzeugs, der es an SkyUp vermietet, habe die ukrainische Gesellschaft kontaktiert, als sich der Flieger bereits in der Luft befand. Er habe der Airline zufolge mitgeteilt, dass es dem Flugzeug "kategorisch" verboten sei, in den ukrainischen Luftraum einzufliegen.

Eine Quelle der Nachrichtenplattform strana.ua – der Meldung zufolge ein Luftfahrtmarkt-Insider – offenbarte, dass ein Pool großer internationaler Versicherungsgesellschaften sich darauf vorbereite, bereits am Montag den Versicherungsschutz für den Luftraum über der Ukraine aufzukündigen. Das hätte zur Folge, dass die Versicherungsfälle von Fluggesellschaften nicht gedeckt würden, wenn diese die Ukraine überfliegen.

Der Leiter der Beratungsagentur Friendly Avia Support, Alexander Lanetsky, erläuterte gegenüber strana.ua die Folgen, sollte diese Entwicklung eintreten:

"Die meisten Flugzeuge sowohl ukrainischer als auch ausländischer Fluggesellschaften befinden sich nicht in ihrem Besitz, sondern werden im Rahmen eines Operating Lease geleast. Der Leasinggeber verlangt eine Versicherung in Höhe des Wertes des Flugzeugs zuzüglich 10 Prozent (10-100 Mio. USD), um mögliche Risiken abzudecken. Darüber hinaus muss die Fluggesellschaft nach internationalem Recht eine Haftpflichtversicherung abschließen, deren Kosten sich für den europäischen Markt auf 550 Millionen Dollar pro Jahr belaufen. Ohne letztere können Flugzeuge nicht abheben. Ohne Versicherungsschutz hat die Fluggesellschaft kein Recht zu fliegen."

Fänden sich keine anderen Versicherungsgesellschaften, die die Risiken im ukrainischen Luftraum abzudecken bereit sind, käme der Flugverkehr in der Ukraine völlig zum Erliegen. Die informierte Quelle von strana.ua erläutert die Hintergründe wie folgt:

"Eigentlich ist dies keine Überraschung für den Markt. Die erste Glocke läutete kurz vor dem Jahreswechsel, als ein Leasinggeber – ein europäisches Unternehmen – verlangte, dass zwei Flugzeuge der ukrainischen Fluggesellschaft aus der Ukraine abgezogen werden. Damals war noch nicht ganz klar, worum es sich handelte. Es kursierten Gerüchte, dass es sich um das Problem eines bestimmten Luftfahrtunternehmens handelte, das knapp bei Kasse war und nicht wusste, ob es zahlen konnte, so dass die Versicherer dem Eigentümer der Flugzeuge rieten, sie nach Europa zu bringen. Aber seit Januar wiederholten sich solche Vorgänge auch bei anderen Fluggesellschaften. Die internationalen Versicherer bestehen zunehmend darauf, dass die Flugzeuge ausländischer Fluggesellschaften, die sie betreuen, nicht in Kiew geparkt werden dürfen. Die Entscheidung, die Risiken von Flügen über die Ukraine nicht zu decken, ist seit langem reif. Und das Bekanntwerden eines konkreten Datums für Putins 'Angriff' hat dies nur noch beschleunigt."

Eine indirekte Bestätigung findet diese Vermutung darin, dass Eigentümer von Privatfliegern offenkundig bereits von ihren Versicherungsgesellschaften Post erhalten haben. Darin sei ihnen der Versicherungsschutz mit einer Frist von 48 Stunden gekündigt worden. Diese Schreiben enthielten zugleich die Aufforderung, die Privatjets binnen der gesetzten Frist in ein europäisches Land zu überführen.

Ein ukrainischer Politiker, der einen Privatflieger besitzt, sagte gegenüber dem Korrespondenten der Nachrichtenplattform:

"Vor ein paar Stunden erhielt ich eine Mitteilung von der Versicherungsgesellschaft, dass das Flugzeug innerhalb von 48 Stunden in die europäische Zone gebracht werden muss. Mein Jet ist derzeit nicht in der Ukraine, also habe ich beschlossen, ihn im Ausland zu belassen."

Strana.ua fand weiter heraus, dass Auslöser dieser Entwicklung offensichtlich ein großer Rückversicherer mit Sitz in London ist. Dieser habe alle seine Kunden und Leasinggeber angeschrieben und den Ausschluss von Schäden, die sich in oder über der Ukraine ereignen, angekündigt.

Die deutsche Fluggesellschaft Lufthansa erklärte inzwischen gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RBC, dass die Möglichkeit einer Einstellung des Flugverkehrs in Betracht gezogen werde. Sie fügte hinzu, dass das Unternehmen die Situation in der Ukraine genau beobachte. Der Vertreter der Airline stellte jedoch klar, dass "noch keine Entscheidung getroffen worden ist."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6208ef4948fbef21f9714abc.jpg>

snanews.de: **Luftraum über der Ukraine bleibt offen – Ministerium für Infrastruktur**

Nach dem jüngsten Vorfall mit einer Passagiermaschine der Fluggesellschaft SkyUp hat der Pressedienst des Infrastrukturministeriums der Ukraine Berichte über eine angebliche Schließung des Luftraums des Landes am Sonntag zurückgewiesen. Laut der Behörde arbeitet der Staat derzeit daran, Risiken für Luftfahrtunternehmen auszuschließen.

Wie das Infrastruktur-Ministerium auf Facebook mit Verweis auf die Arbeitssitzung zur Lage auf dem Luftverkehrsmarkt mitteilt, entsprechen die Informationen über die Schließung des ukrainischen Luftraums nicht der Realität. Die Schließung des Luftraums sei das souveräne Recht der Ukraine, allerdings sei die entsprechende Entscheidung nicht getroffen worden. Als Ergebnis des Treffens, heißt es weiter, sei eine Entscheidung gefallen, die „eine weitere Verschlechterung der Situation verhindern“ solle.

„Die meisten Fluggesellschaften setzen ohne Einschränkungen ihren Flugbetrieb fort. Insbesondere führen derzeit 29 ausländische Fluggesellschaften Flüge aus 34 Ländern (in die Ukraine – Anm. d. Red.) durch“, schreibt der Pressedienst der ukrainischen Behörde. Einige Fluggesellschaften hätten aufgrund von Schwankungen auf den Versicherungsmärkten Schwierigkeiten. Dem Infrastruktur-Ministerium zufolge ist der Staat seinerseits bereit, Fluggesellschaften zu unterstützen, und plant, zusätzliche finanzielle Garantien zur Unterstützung der Fluggesellschaft bereitzustellen. „Derzeit werden Beratungen mit internationalen Partnern geführt und entsprechende Regierungsentscheidungen vorbereitet.“ Laut dem Minister für Infrastruktur der Ukraine, Aleksandr Kubrakow, sind die Märkte für Versicherungsdienstleistungen sowie Kapitalmärkte „anfällig für das Informationsfeld“. „Wir hoffen, dass sich die Situation in naher Zukunft stabilisiert. Dafür arbeiten die Regierung, das Präsidialamt und unsere internationalen Partner an gemeinsamen Lösungen. Gegebenenfalls wird der Staat die Rückkehr aller Bürger der Ukraine aus dem Ausland sicherstellen“, wird Kubrakow auf Facebook zitiert.

...

Zuvor hatte die Online-Zeitung Strana.ua unter Verweis auf nicht namentlich genannte Quellen berichtet, dass die größten internationalen Versicherungsgesellschaften am Montag ankündigen würden, keine Flüge mehr zu versichern, die die Ukraine überfliegen. Zahlreiche Medienberichte über einen angeblich drohenden „russischen Einmarsch“ in die Ukraine haben laut einer der Quellen die Entscheidung beschleunigt, den Versicherungsschutz für Flüge über der Ukraine zu beenden.

Der Vorsitzende des ukrainischen Verbandes der Versicherer, Wjatscheslaw Tschernjachowski, gab an, dass er keine Informationen über eine solche Entscheidung der internationalen Versicherer erhalten habe.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/03/5234514_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_5bbeba580c921ab8eacabb26821ae031.jpg

ukrinform.ua: **Großbritannien beruft Mitarbeiter der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine ab**

Die britische Regierung hat beschlossen, das britische Personal der OSZE-Mission in der Ukraine abzurufen, und beobachtet die Entwicklungen genau.

Laut Ukrinform sagte dies ein Sprecher des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Angelegenheiten und des Vereinigten Königreichs am Sonntag gegenüber CNN.

„Im Einklang mit unserer Verpflichtung zur Sorgfalt haben wir beschlossen, britische Mitarbeiter der OSZE-Mission zurückzurufen. Wir werden die Situation genau beobachten. Wir nehmen die Sicherheit unserer Mitarbeiter sehr ernst“, sagte der Sprecher des Auswärtigen Amtes.

Bekanntlich zitierte Reuters früher am Sonntag Augenzeugen mit der Aussage, dass US-Personal der OSZE-Mission Donezk verlassen würde. Es sei jedoch unklar, ob es sich um einen vollständigen Abzug der US-Beobachter aus der von Russland besetzten Stadt oder nur um eine weitere Rotation handele, teilte die Agentur mit.

Ukrinform bat die Mission der OSZE in der Ukraine und die US-Vertretung bei der OSZE um Klärung.

Wie bereits berichtet, haben Russland und Weißrussland am Donnerstag eine gemeinsame groß angelegte Militärübung nahe der Grenze zur Ukraine gestartet.

Darüber hinaus setzt Moskau die zerstörerischen Aktivitäten in der Asowschen Schwarzmeerregion fort und erklärte große Gebiete des Asowschen und des Schwarzen Meeres für die Zeit vom 13. bis 19. Februar im Zusammenhang mit Übungen mit Raketen- und Artilleriebeschuss für unsicher für die Schifffahrt.

US-Außenminister Anthony Blinken sagte am Freitag, Russland habe mehr Streitkräfte an die Grenze zur Ukraine geschickt und könne jederzeit eine Invasion starten, auch während der Olympischen Winterspiele in Peking, die bis zum 20. Februar laufen.

Zuvor hatten die Vereinigten Staaten die Amerikaner in der Ukraine wegen der „erhöhten Bedrohung durch russische Militäraktionen“ gegen die Ukraine und der Coronavirus-Situation aufgefordert, die Ukraine sofort zu verlassen.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_01/thumb_files/630_360_1611148487-854.jpg

dan-news.info: Das GZKK bestätigte, dass ein Teil des Personals der OSZE-Mission aus den USA und Großbritannien Donezk verlassen hat

Einige Mitglieder der OSZE-Beobachtermission aus den Vereinigten Staaten und Großbritannien verließen das Territorium der Volksrepublik Donezk. Das teilte heute die Repräsentanz der DVR im Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum des Waffenstillstandsregimes mit.

„Ja, unter denen, die heute gegangen sind, sind auch Vertreter jener Länder, die zuvor die Abberufung ihrer Vertreter angekündigt hatten. Die Anzahl der ein- und ausfahrenden Autos schwankt ständig, sodass wir nicht über Trends sprechen können. Natürlich sind wir über eine solche Entscheidung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und einiger ihrer Verbündeten alarmiert, da dies die Grundlage für spätere Spekulationen werden könnte, dass die Abwesenheit von Beobachtern dieser Länder auf dem Territorium des bewaffneten Konflikts ihnen nicht erlaubt, die reale Situation vollständig zu kontrollieren“, heißt es in der Erklärung des GZKK.

Hinzugefügt wurde, dass selbst, wenn alle Vertreter dieser Länder das OSZE-Büro in Donezk verlassen sollten, die Arbeit der Mission nicht aufhören werde.

„Es gibt eine ausreichende Anzahl von Beobachtern aus anderen Ländern in der DVR, und die ausgeschiedenen Vertreter können durch Vertreter aus anderen Ländern ersetzt werden“, betonte das GZKK.

Zuvor berichteten Medien, dass heute sechs Fahrzeuge der OSZE-Beobachtungsmission in der DVR die Demarkationslinie in Richtung Ukraine durch den Kontrollpunkt Alexandrowka überquerten. Es wurde festgestellt, dass dies auf den Beginn der Evakuierung von Beobachtern aus der DVR hindeuten könnte. Später wurden Informationen über die Evakuierung der OSZE über eine Reihe von Medien und Telegrammkanälen verbreitet.

Wladislaw Berditschewskij, Abgeordneter des Volksrates der DVR, Vertreter der Öffentlichkeit der Republik in der Minsker Untergruppe für politische Fragen, sagte DAN, dass das Donezker Büro der Beobachtermission weiterhin wie gewohnt tätig sei, aber Bürger der Vereinigten Staaten und Großbritanniens Großbritannien es verlassen könnten.



https://dan-news.info/storage/c/2019/11/04/1623061341_999151_20.jpg

snanews.de: **Habeck spricht sich erneut für Waffenlieferungen an Ukraine aus**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck fühlt sich in seiner Haltung bestätigt, dass man der Ukraine Waffen zur Selbstverteidigung liefern sollte.

Das passiere ja nun über den Umweg der Nato, sagt der Grünen-Politiker dem TV-Sender Welt. „Und die Ukraine kriegt ja Waffen. Dass Deutschland sich da zurückhält, also nichts an die Ukraine gibt, was letale Wirkung hat – also nichts, was schießt – habe ich zur Kenntnis genommen.“

Dass Bundeskanzler Olaf Scholz am Montag nach Kiew reise, sei ausgesprochen gut, sagte der Grünen-Politiker zuvor im Interview mit RTL/ntv. „Es sind Zeichen, die zählen. Wir lassen die Ukraine nicht alleine. Durch die vielen Gespräche kann man versuchen, eine Brücke zu schlagen, die im Moment nicht unbedingt sichtbar ist.“

„Es kann sein, dass wir kurz vor einem Krieg in Europa stehen. Mit großen Panzerarmeen, die sich gegenüberstehen. Es ist absolut bedrückend und bedrohlich“, so Habeck weiter.

Kiew und westliche Staaten werfen Russland seit Monaten vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben und eine Invasion zu planen. Moskau bestreitet die angeblichen Einmarschpläne. Vor diesem Hintergrund fordert die ukrainische Seite Waffenlieferungen auch aus Deutschland ein. Die Bundesregierung hat dies bisher strikt abgelehnt. Dennoch hat die Ukraine kürzlich eine Wunschliste für deutsche Waffenlieferungen an die Bundesregierung geschickt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/0b/5326504_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_8acab79866ba39580e3c7c86672eed75.jpg

snanews.de: **Steinmeier appelliert nach Wiederwahl an Putin: „Lösen Sie die Schlinge**

um den Hals der Ukraine“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in der Antrittsrede nach seiner Wiederwahl dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, die Verantwortung für die Eskalation im Ukraine-Konflikt zugewiesen.

„Ich appelliere an Präsident Putin: Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine und suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt“, sagte Steinmeier am Sonntag in Berlin. Zuvor war der 66-Jährige mit großer Mehrheit erneut zum Bundespräsidenten gewählt worden. Er ist damit erst der fünfte Bundespräsident mit einer zweiten Amtszeit. Offiziell beginnt sie am 19. März.

Der russische Präsident solle nicht den Fehler machen, die Stärke der Demokratie zu unterschätzen, fügte Steinmeier hinzu. Aus Washington, Paris und Berlin komme in diesen Tagen die gleichlautende Botschaft:

„Wir wollen friedliche Nachbarschaft im gegenseitigen Respekt.“

Frieden müsse immer wieder erarbeitet werden, im Dialog, aber wo nötig, auch mit Klarheit, Abschreckung und Entschlossenheit, betonte Steinmeier. Deutschlands Botschaft an die Nato-Partner in Osteuropa sei: „Sie können sich auf uns verlassen.“

Wegen der angespannten Lage in der Ukraine forderten mehrere Länder, wie die USA, Großbritannien, Dänemark, Lettland, Estland und Deutschland, ihre Staatsbürger zur Ausreise aus der Ukraine auf. Seit Monaten spekulieren westliche Medien über eine angeblich bevorstehende „russische Invasion“ in die Ukraine. Die Nato und einige andere Länder kritisieren angebliche Truppenbewegungen Russlands auf seinem Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine und drohen Moskau mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau wies die Vorwürfe wiederholt zurück und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/02/5221464_0:159:3079:1890_1920x0_80_0_0_1d2e5eabe9221412b59368d04c40a6df.jpg

abends:

rusvesna.su: Zwei weitere Flugzeuge mit Waffen aus den USA sind in der Ukraine angekommen

Zwei weitere Flugzeuge kamen mit militärischer Unterstützung der Vereinigten Staaten in der Ukraine an. Sie lieferten Munition und Ladungen für Granatwerfer. Zuvor waren bereits 15 Flüge mit militärischer Unterstützung eingetroffen. Das schreibt die US-Botschaft in der Ukraine auf ihrer Facebook-Seite.

„Zwei Flugzeuge sind heute Morgen mit amerikanischer Schnelleinsatzunterstützung in Kiew eingetroffen, um die Verteidigung der Ukraine zu stärken.

Dieser Teil der kürzlich angenommenen Hilfe in Höhe von 200 Millionen US-Dollar umfasst

Munition und Granatwerfer. Wir sind zusammen mit der Ukraine“, heißt es in der Mitteilung. Die Botschaft stellte auch fest, dass dies bereits das 16. und 17. Flugzeug mit militärischer Unterstützung für die Ukraine aus den Vereinigten Staaten ist.



https://cdn4.telesco.pe/file/RKqbniTrNsiey9v7zf6T9-U5Jz3qPMOg6qVJBZVCiKy-wM2_ZTkM9SPuWvZIYAgrDnvgrxooFotwiHiUDqFY5aDVBucdg96hwLnkSEo0R9d9Sbgj31HXdn90eA4mAiNiwp09RvkZcFpXwVbZrei0SiV3Mze_IJkjYQpV8_QpoPshElrYRlagLwgewdwIHjfdxEVIG0aXm4K_nOIC_QI70xT7lv-n3II-6t7sIykKYQ6TbsH8-VK1VE-ddBIIAcfxnpjQUungc_cmaHoXf-Z0A7HzqD9_WY3PySmIAbfJTJqJkbvcQeymeCMISx_1flzEbsnpaqaCKNguBz0jCteFDA.jpg

rusvesna.su: **Das Weiße Haus gab eine neue Erklärung zum "Datum des Krieges" in der Ukraine ab**

Der nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, räumte ein, dass die US-Regierung nicht in der Lage sei, das Datum des Beginns des Krieges in der Ukraine genau vorherzusagen, und räumt ein, dass es überhaupt nicht dazu kommen werde.

„Wir können den Tag nicht genau vorhersagen, aber wir sagen, dass wir uns in einer Zeit befinden, in der Russland jeden Tag eine Invasion, eine große Militäroperation, in der Ukraine starten könnte.

Dies schließt nächste Woche bis zum Ende der Olympischen Spiele ein. Natürlich kann dies nach den Olympischen Spielen passieren.

Oder – das ist immer noch möglich – Russland kann den Weg der Diplomatie wählen“, sagte Sullivan in einem Interview mit CNN.

Der Pentagon-Sprecher John Kirby argumentiert, dass es „jeden Tag“ zu groß angelegten Feindseligkeiten in der Ukraine kommen könnte.

„Jetzt glauben wir, dass groß angelegte Feindseligkeiten jeden Tag beginnen könnten“, sagte Kirby auf Fox News.

Laut dem US-Beamten basieren diese Schätzungen auf Daten aus "verschiedenen Quellen".

„Hier geht es nicht nur um Geheimdienste, sondern auch um das, was wir sehen: die Ansammlung von über 100.000 Soldaten nahe der ukrainischen Grenze“, sagte Kirby.

Lokale Medien berichteten zuvor, Präsident Joe Biden habe den Verbündeten mitgeteilt, dass eine „russische Invasion“ am 16. Februar beginnen könnte. Russland bestreitet die ihm zugeschriebenen aggressiven Pläne gegenüber dem Nachbarland und nennt die Rede von der Unvermeidlichkeit eines Krieges "Hysterie, die ihren Höhepunkt erreicht hat".

Der Westen wirft der Russischen Föderation angebliche Pläne vor, die Situation um die

Ukraine zu eskalieren.

Moskau bestreitet dies kategorisch und sagt ständig, dass niemand bedroht sei, und all diese Äußerungen als Vorwand benutzt würden, um mehr NATO-Militärausrüstung in der Nähe der russischen Grenzen zu platzieren.

Wie der russische Außenminister Sergej Lawrow bereits sagte, schaffe Russland keinen Vorwand für eine Konfliktsituation um die Ukraine. Ihm zufolge schließe Russland nicht aus, dass die vom Westen hochgejubelte Hysterie um die Ukraine darauf abziele, Kiews Linie der Sabotage der Minsker Vereinbarungen zum Donbass zu verdecken.

Laut dem Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, wird die Informationshysterie der USA und der NATO über die Ukraine großzügig von Lügen und Fälschungen umrahmt.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/belyy_dom_13.jpg